

daß DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn
Dr. Wolfgang Schäuble MdB**

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Mannheim, den 25.01.2023

Ihr Brief vom 16.01.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble,

haben Sie Dank für Ihren Brief vom 16.01.2023. Ich freue mich, dass Sie geantwortet haben.

Ein wenig verwundert war ich allerdings, dass Sie den sicherlich auch für Sie sehr interessanten Fachbeitrag nicht erwähnt haben. Immerhin hat Ihr ehemaliger und langjähriger Fraktionskollege Norbert Geis überzeugend dargelegt, dass die DDR-Altübersiedler nach dem Willen des Gesetzgebers nicht zu den Adressaten der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR gehören. Und das wissen auch Sie, denn Sie haben es auf eine entsprechende Frage in abgeordnetenwatch.de bestätigt.

Am 12.01.2023 haben Sie, sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, in dem wiedereröffneten Parlamentsgebäude in Wien die Festrede gehalten. 2 Tage später hatte ich die Ehre, von einer Abgeordneten persönlich durch das von dem berühmten Architekten Theophil Hansen geschaffene Gebäude geführt zu werden.

Ich habe mir Ihre Ausführungen zum Parlamentarismus, die Sie den österreichischen Politikern vorgetragen haben, mit hohem Interesse angehört. Sie sprachen von den Gefährdungen der Demokratie, nicht nur durch deren Feinde. Sie stellten zu recht fest, dass es vielfach die Politiker selbst sind, die dafür verantwortlich sind, dass die Bürger sich nicht vertreten fühlen. Wie wahr!

Ich stehe voll zu dem, was Sie in Ihrem Vortrag ausführten.

Aber die Realität, die ich als Vorsitzender eines zivilgesellschaftlichen Verbandes seit dessen Bestehen erlebe, sieht total anders aus. Sie sagten, dass die „Kultur des Zuhörens“ gepflegt werden muss. Ja, das müsste sie. Stattdessen aber prallen wir auf eine Mauer der Abweisung. Hierzu verweise ich auf unsere Internetseite, <https://www.flucht-und->

ausreise.info/index.php?menuid=60&reporeid=238 (Monolog mit der Bundeskanzlerin – wie er 2006 begann und 2021 endete). Bei der SPD ist es seit dem Ableben des unvergessenen Sachwalters Ottmar Schreiner nicht viel anders.

Seit April 2018 liegt dem Bundestag die von UOKG, VOS und IEDF gemeinsam getragene Petition 3-19-11-8222-006233 vor. Titel: „Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR“. Dort hat sich inzwischen viel Papier angesammelt. Das BMAS bemüht sich, dem Petitionsausschuss deutlich zu machen, dass eine Ablehnung gewünscht wird. Aktuell hat der Petitionsausschuss den Fachartikel von Norbert Geis bekommen. Aus diesem Anlass wird das BMAS gebeten, eine erneute Stellungnahme zu verfassen.

Die als Beschwerde formulierte Petition wird mit spitzen Fingern angefasst. Das Prinzip ist deutlich zu erkennen: Einerseits soll das Prozedere und das Ergebnis mit einem demokratischen Mäntelchen daherkommen. Aber andererseits hat die Bundesregierung ein elementares Interesse daran, dass sie nicht einer Fehlhandlung bezichtigt werden kann. Warum eigentlich? Auch eine Bundesregierung sollte Fehler eingestehen dürfen.

Die repräsentative Demokratie muss besser funktionieren. So stellten Sie es in Ihrer Rede fest. Und Sie sagten weiter: „Wir müssen dafür sorgen“. Mit dem „Wir“ meinen Sie die Politiker.

Vor dem Hintergrund Ihrer Rede frage ich Sie als elder statesman:

Was könnten Sie tun, damit die hehren Prinzipien der parlamentarisch verfassten Demokratie, die Sie beschreiben, wirksam werden, und eine Lösung dieses seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Konfliktes gefunden wird?

Was könnten Sie als angesehener und noch aktiver Politiker dafür tun, daß die ehemaligen Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekauften endlich rehabilitiert werden?

Was werden Sie mir wohl antworten?

Mit freundlichen Grüßen,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)